



An das
Presse- und Informationsamt der Bundesregierung
Referat 313 „Fortschrittsbericht 2016“
Postfach 11044 Berlin
Per Email: nachhaltigkeitsdialog@bpa.bund.de

Technik und Umwelt

Betreff VDMA-Stellungnahme „Für ein nachhaltiges Wachstum“

zum Entwurf der Neuauflage der deutschen
Nachhaltigkeitsstrategie 2016 der Bundesregierung

Stand: 25.07.2016

Für ein nachhaltiges Wachstum

1.) Über den VDMA e.V.

Der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbauer (VDMA) vertritt über 3.100 meist mittelständische Unternehmen der Investitionsgüterindustrie und ist damit einer der bedeutendsten Industrieverbände in Deutschland und Europa. Mit über einer Million Beschäftigten in Deutschland ist der Maschinenbau größter industrieller Arbeitgeber. Rund drei Viertel der deutschen Produktion gehen in den Export. Der VDMA vertritt konstruktiv und lösungsorientiert die gesamte Investitionsgüterindustrie.

2.) Nachhaltiges Engagement im Maschinen- und Anlagenbau

Bestrebungen zur Erhöhung der Nachhaltigkeit in Form von Energie-, Rohstoff- und Materialeffizienz spielen, nicht zuletzt auch durch politisch vorgegebene Ziele und Berichtspflichten, eine immer bedeutendere Rolle – auch in der öffentlichen Diskussion. Für den Maschinen- und Anlagenbau ergibt sich damit auch die Verpflichtung, seine Enablerrolle als Lieferant technischer Lösungen für nachhaltige Anforderungen zu verdeutlichen und zwar sowohl auf der Ebene der Produktion als auch auf Produktebene. Mit innovativen Technologien bieten die Unternehmen des Maschinen- und Anlagenbaus Lebensqualität verbessernde, umweltschonende, energie- und ressourceneffiziente Lösungen auf dem Weltmarkt an. Das Spektrum des unternehmerischen Engagements reicht von Kooperationen mit Bildungseinrichtungen über Personalentwicklungs- und Gesundheitsförderprogramme, die Förderung von kulturellen oder sportlichen Events bis hin zu umweltfreundlichen Produktionsprozessen und nachhaltigem Lieferkettenmanagement. Sie leisten so einen substanziellen Beitrag für eine lebenswerte Zukunft aller Menschen.

Der VDMA verfolgt das Ziel, die Stärken und das Know-how der Branche zu einer weltweiten Technologieführerschaft beim Thema Nachhaltigkeit zu bündeln. Mit der Nachhaltigkeitsinitiative „Blue Competence“ und der Aktionswoche „Wir unternehmen

was“ macht der VDMA das verantwortliche Handeln seiner Mitglieder sichtbar. Blue Competence ist ein erfolgreiches Netzwerk, in dem sich die Unternehmen über Nachhaltigkeit austauschen, von den Besten lernen und kommunikative Unterstützung bekommen. Die Aktionswoche „Wir unternehmen was“ bündelt das vielfältige unternehmerische Engagement des Maschinen- und Anlagenbaus. Schirmherr der Aktionswoche ist Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel. Zudem ist die Woche Teil der Aktivitäten im Bündnis aus Politik, Unternehmensverbänden und Gewerkschaften namens „Zukunft der Industrie“.

3.) Zum Entwurf der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie

a) Generelle Einschätzung

Mit der Neuauflage der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie legt die Bundesregierung der Öffentlichkeit einen Entwurf vom 30. Mai 2016 vor mit dem sie ihre bisherige Nachhaltigkeitsstrategie an vielen Stellen verändert. So passt sie ihre Strategie an die globale Agenda 2030 und damit verbunden an die 17 nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals, im folgenden SDGs genannt) an. Diese Ausrichtung begrüßen wir ausdrücklich, da sie den globalen und internationalen Interdependenzen der Herausforderungen gerecht wird. Bei der Umsetzung der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie ist jedoch darauf zu achten, dass die internationale Wettbewerbsfähigkeit für die stark klein- und mittelständisch geprägte Branche des Maschinen- und Anlagenbaus erhalten bzw. weiter ausgebaut wird. Im Hinblick auf die stark global ausgerichteten Lieferketten im Maschinen- und Anlagenbau, sollte es keine deutsche Sonderlösung bei der Umsetzung der Sustainable Development Goals (SDGs) geben.

Ein Strategiepapier soll bewusst Gestaltungsspielräume offen lassen. Doch an vielen Stellen bewegt sich das Papier zu stark an der Oberfläche. Zwar werden in manchen Bereichen sehr konkrete Maßnahmen benannt, in anderen Bereichen aber lassen sich weder klare Ziele noch entsprechende Maßnahmen erkennen, was die Vermutung nahe legt, dass für diese Bereiche noch keine zielführende Strategie seitens der Bundesregierung vorliegt. Da eine Strategie in der Regel konkrete Maßnahmen nach sich ziehen wird, regt der VDMA an, eine Schwerpunktsetzung der Ziele und deren Umsetzung seitens der Bundesregierung in diesem Dokument erkennbar auszuweisen. In der Beschreibung der Indikatoren sollte immer erläutert werden, wie diese anzuwenden sind bzw. welche genauen Schlussfolgerungen diese zulassen. Bei der Nennung von Fakten sollten stets Quellen angegeben werden, das würde die Glaubwürdigkeit des Papiers positiv beeinflussen.

Zur weiteren generellen Einschätzungen des vorgelegten Entwurfs der Bundesregierung sei hier auf die Stellungnahme des BDI verweisen.

b) Spezifische Anmerkungen zu den einzelnen Kapiteln der 17 Ziele

Zu SDG 3) Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern

Im Kapitel 4 a Emissionen auf Seite 85 steht im vorliegenden Entwurf: "Zur Umsetzung dieser Verpflichtungen sind nationale Luftreinhalteprogramme zu erarbeiten. Die darin von den Mitgliedstaaten spezifizierten Maßnahmen auf allen Ebenen (international, EU, Bund, Länder, Kommunen) sollen das Erreichen der Minderungsverpflichtungen garantieren." Der VDMA möchte darauf hinweisen, dass Aktionen auf Bundesländer- und Kommunalebene bei Maschinen zu unterschiedlichen Anforderungen führen können (Beispiel: Kennzeichnung von Baumaschinen in Berlin, Nachrüsten von Baumaschinen in Baden-Württemberg). Diese gilt es zu verhindern. Für Produkthanforderungen besteht in Europa ein Binnenmarkt, der eine wesentliche Grundlage für die starke internationale Marktposition des Maschinen- und Anlagenbaus ist. Der Binnenmarkt darf nicht durch regionale Vorgaben im Bereich des Immissionsschutzes ausgehebelt werden.

Zu SDG 4) Inklusive, gerechte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten des lebenslangen Lernens für alle fördern

Das Bildungskapitel beschreibt im Wesentlichen Initiativen und Programme des BMBF, die wir für richtig halten. Im Zeichen und in Zeiten von Industrie 4.0 sollte jedoch das Thema "Digitalisierung" in die Nachhaltigkeitsstrategie integriert werden. Denn die Digitalisierung wird alle Gesellschaftsbereiche durchdringen und auch das Lehren und Lernen nachhaltig verändern. Hierzu sind neue pädagogische Konzepte in allen Bildungseinrichtungen – von der Schule bis zur Kindertagesstätte – gefragt. Digitalisierung verlangt von den Menschen auch neue Kompetenzen – im Leben und am Arbeitsplatz, wie z.B. Grundkenntnisse der Informatik, selbstständiges Lernen und interdisziplinäre Zusammenarbeit im Team. Diese Kompetenzen müssen - gepaart mit neuen Lerninhalten - in diese Konzepte integriert werden.

Zu SDG 6) Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle gewährleisten

Das Thema „Wasser“ in seinen vielfältigen Facetten ist im Rahmen der Sustainable Development Goals (SDGs) prominent vertreten (SDG 6, SDG 14 und SDG 15). Die entsprechende Übernahme des Themas in die „Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie“ als grundsätzlich überarbeitete Fortschreibung der Fortschrittsberichte ist folgerichtig. Die Vorgehensweise, zu jedem SDG „zumindest ein indikatorengestütztes politisches Ziel“ auszuweisen, ermöglicht es, relevanten Handlungsbedarf zu erfassen ohne das Themenfeld mit allen möglichen Entwicklungen und Herausforderungen umfassend abzubilden. Dennoch lassen die identifizierten Indikatoren eine Weiterentwicklung i.S. von mehr Nachhaltigkeit zu.

Die Herleitung der Indikatorenbereiche und Indikatoren aus den Handlungsfeldern des SDG 6 (Seite 109f) ist aus Sicht des VDMAs schlüssig und begründet die Konzentration auf die Nummern 8a und 8b, die im Handlungsfeld (6.3) „Verbesserung der Wasserqualität“ zu verorten sind.

Mit den Themen „Gesamt-Phosphor/Phosphat-Eintrag“ und „Nitrat im Grundwasser“ sind zwei in Deutschland grundsätzlich wichtige Themen adressiert. Schön wäre es, zur Beurteilung des akuten Handlungsbedarfs die zugehörigen Analysen des Statistischen Bundesamtes zu kennen. Die Herleitung der geplanten Maßnahmen erscheint plausibel. Im Zusammenhang mit der Phosphat-Reduzierung in Kläranlagen i.S. der Verbesserung der Gewässerqualität ist anzumerken, dass diese Maßnahmen v.a. dann zielführend sind, wenn gleichzeitig die Rückgewinnung von Phosphor ermöglicht wird. Angesichts der Endlichkeit der Phosphatvorkommen der Erde und der Lebenswichtigkeit von Phosphor (ohne Phosphate ist kein Pflanzenwachstum möglich), sind aktuell verschiedene Verfahren in Entwicklung, mit denen Phosphor aus Abwässern oder Klärschlämmen zurückzugewinnen ist.

Bei Nummer 9 auf den Seiten 111-113 ist auffällig, dass technische und technologische Aspekte bei den geplanten Maßnahmen kaum eine Rolle spielen. Der VDMA mahnt eine Ergänzung an. Hier wird eher auf infrastrukturelle oder konzeptionelle Maßnahmen abgestellt. In der industriellen Produktion ist es dank wassersparender Technologien in den vergangenen Jahren gelungen, den Wassergebrauch deutlich zu reduzieren. Aber nicht nur die Produktion selbst, sondern auch viele Produkte sind wassereffizienter geworden - ohne gesetzliche Vorgaben. Gerade bei wasserführenden Produkten bestehen Zielkonflikte zwischen Wassereffizienz und Hygieneanforderungen, die bei der Umsetzung der Ökodesign-Richtlinie beachtet werden müssen.

Auf regionale Gegebenheiten muss Rücksicht genommen werden. Zielkonflikte bestehen nicht zuletzt mit Blick auf die Wasserinfrastruktur: Die Reduzierung der Durchflussmenge führt zu Problemen wie Keimbildung oder Anlagerungen in den Leitungen, wenn diese nicht entsprechend durch Rohre mit kleinerem Durchmesser ersetzt werden. Das gilt zum Beispiel für viele nord- und mitteleuropäische Länder der Europäischen Union. Im Zusammenhang mit einem möglichen "Water Footprint" warnt der VDMA vor voreiligen Kennzeichnungspflichten ([siehe dazu auch die VDMA-Position zur „Europäischen Wasserpolitik“ 2013](#)).

Auf Seite 106 fehlt die Zuweisung von „(6.6)“, da: „...SDG 6 ... bezieht sechs Handlungsfelder ein ...“. Zuweisungen (6.1) bis (6.5) sind getätigt.

Zu SDG 7) Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und moderner Energie für alle sichern

Der Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und moderner Energie ist Voraussetzung dafür, dass weltweit gute Lebensbedingungen geschaffen werden können. Die Ergebnisse der Pariser Klimakonferenz bekräftigen, dass sich die Energiesysteme

weltweit einem Transformationsprozess unterziehen müssen. Deutschland hat diesen Transformationsprozess mit seinen Energie- und Klimakonzept aus dem Jahr 2007 sowie den Beschlüssen zur Energiewende von 2011 eingeleitet. Die deutsche Energiewende basiert auf den Eckpfeilern effiziente Energienutzung, Senkung des Energieverbrauchs und Ausbau der Erneuerbaren Energien.

Für den exportgetriebenen Maschinen- und Anlagenbau ergibt sich durch einen ambitionierten Heimatmarkt die Chance, Leitmarktanbieter für erneuerbare Energien, flexible Kraftwerke, Energieeffizienztechnologien in Industrie, Gewerbe und Gebäude zu bleiben. Aus Sicht des VDMA hat dies auch Strahlkraft auf die Ingenieurskunst „Made in Germany“ über das Feld der Energietechnologien hinaus. Der VDMA unterstützt daher im Grundsatz die Energie- und Klimaziele, die sich die Bundesregierung Deutschland gegeben hat.

Der VDMA nimmt zu den internationalen und nationalen Aktivitäten der Bundesregierung Deutschland wie folgt Stellung:

Internationale Aktivitäten für Energieeffizienz und Erneuerbarer Energien

Der VDMA begrüßt die vielfältigen internationalen Aktivitäten, mit welchen die Bundesregierung das Verständnis für Entwicklungspfade hin zu einer nachhaltigen Energieversorgung fördern möchte. Zu nennen sind hier insbesondere die Energiepartnerschaften sowie die Exportinitiative Energie – zwei Initiativen, in die sich der VDMA auch sehr einbringt.

Nationale Aktivitäten zur Umsetzung der Energiewende (Seite 115 ff)

In der 18. Legislaturperiode sind maßgebliche Gesetzesvorhaben und Aktionsprogramme auf den Weg gebracht worden, um die Energiewende in Deutschland auf Kurs zu bringen. Der VDMA hat sich zu den Vorhaben mit detaillierten Stellungnahmen eingebracht.

- **Maßnahmen Energieeffizienz:** Der VDMA hat die Entscheidung der Bundesregierung zum Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz (NAPE) begrüßt. Der VDMA sieht im NAPE einen ersten Schritt, um die Steigerung der Energieeffizienz dauerhaft zu einem zentralen Bestandteil der politischen Agenda in Deutschland zu machen. Der Handlungsdruck zur Erreichung der für die Jahre 2020 und 2050 gesetzten Energieeffizienzziele ist groß. Inwieweit diese Ziele erreicht werden, hängt von der konsistenten Umsetzung des NAPE ab, die bis zum Dezember 2016 abgeschlossen sein soll. Insbesondere hat sich der NAPE das Ziel gegeben, Energieeffizienz zu einem Rendite- und Geschäftsmodell zu entwickeln. Neue Finanzierungskonzepte zur Umsetzung von Energieeffizienzmaßnahmen mit langen Amortisationszeiten konnten allerdings noch nicht realisiert werden. Das Energiespar-Contracting (ESC) wäre solch ein Geschäftsmodell, das durch umfangreiche energetische Modernisierung mit mehrjähriger Erfolgsgarantie zu langfristigen und nachhaltigen Energieeffizienzsteigerung führt. Der VDMA plädiert daher dafür, in diesem Bereich die Anstrengungen zu intensivieren. Gemessen am aktuellen Umsetzungsstand soll die Energieeffizienz vor allem durch Informationen, marktnahe Förderprogramme gesteigert werden. Der VDMA begrüßt, dass im Rahmen der Förderung neue, innovative Ideen wie die Energieeffizienz-Ausschreibungen erprobt

werden. Damit wird das wettbewerbliche Element in staatliche Förderpolitik eingeführt. Allerdings wurden gleichzeitig sehr viele weitere klassische Förderprogramme ins Leben gerufen. Hier sollte sich eine Evaluierung anschließen, um bestehende Hemmnisse beseitigt werden (z.B. falscher Zuschnitt, mangelnde Verständlichkeit hinsichtlich Anforderungen, geringer Bekanntheitsgrad) und auch ineffiziente Förderprogramme wieder einzustellen. Insbesondere wenig genutzte Programme sollten bezüglich ihrer Fortführung regelmäßig überprüft werden.

- **Maßnahmen im Gebäude (Seite 122 f):** Der VDMA begrüßt, dass in der Nachhaltigkeitsstrategie Energieeffizienz an vorderster Stelle steht. Die Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz tragen letztendlich am effektivsten zum Erreichen der nationalen Klimaschutzziele bei. Der VDMA unterstützt die Pläne der Regierung, dass die Regelwerke von Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz (EEWärmeG), Energieeinspargesetz (EnEG) und Energieeinsparverordnung (EnEV) zusammengeführt werden. Mit Blick auf den Bestand fordert der VDMA eine stärkere Fokussierung auf wettbewerbliche und technologieoffene Lösungen, um Fehlallokationen zu vermeiden und den Zielerreichungsgrad zu steigern.
- **Ausbau der Erneuerbaren Energien (Seite 122 f):** Das EEG 2017 trägt zu mehr Wettbewerb und Marktnähe im notwendigen Umbau des Energiesystems bei und setzt allererste Akzente für die Kopplung von Strom- und Wärmesektor. Für die Anlagenhersteller und Zulieferer für Windenergie auf See führt das novellierte EEG allerdings zur vorübergehenden Ausbaureduzierung in Deutschland. Langfristig werden große Strommengen aus erneuerbaren Energie benötigt. Hierfür ist der Offshore-Wind zentral. Für die detaillierte Bewertung des EEG 2017 verweist der VDMA auf seine Stellungnahme. Der VDMA hält es für notwendig, im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie auch die Energieerzeugung aus Abfällen stärker in den Blick zu nehmen.
- **Maßnahmen Verkehr (Seite 122f):** Die bereits in die Wege geleiteten Maßnahmen der Bundesregierung im Rahmen des Aktionsprogramms Klimaschutz 2020 sowie des Nationalen Aktionsplans Energieeffizienz zur Minderung des Endenergieverbrauchs im Verkehr begrüßt der VDMA. Zur erfolgreichen Einführung der Elektromobilität müssen dringend weitere Anstrengungen unternommen werden, um Elektrofahrzeuge als echte Alternative zum Verbrenner attraktiv zu machen. Dreh- und Angelpunkt hierfür sind ist Kostenreduzierung und Infrastruktur. Eine Kostenreduzierung kann nur durch konsequente Investition in eine Großserienproduktion erreicht werden. Der VDMA hofft auf Unterstützung der Politik: Beim Schaffen von attraktiven Standortbedingungen, steuerlichen Rahmenbedingungen und bei der Forschungsförderung, insbesondere in der Produktionsforschung. Das Millionenziel ist nach Auffassung des VDMA von untergeordneter Bedeutung. Weit wichtiger ist, die Wertschöpfung in der Automobilproduktion im Land zu halten, zukunftssicher auszurichten und damit Arbeitsplätze nachhaltig zu sichern. Das ist mit der Kaufprämie nicht zu erreichen. Investitionen zur Kostensenkung sind am Anfang der Wertschöpfungskette, in Forschung und Entwicklung, sowie bei der Produktionstechnologie, z.B. für günstigere Batterien, notwendig. Zusätzliche Anstrengungen vor allem im Bereich der Entwicklungen für alternative Kraftstoffe sind im Verkehrsbereich notwendig (siehe

Ziel 11), da die Elektromobilität nicht für alle Verkehrssegmente und Anwendungen eine Alternative sein wird.

Damit die Energiewende ein Prototyp für die Transformation der Energiesysteme anderer Länder wird, muss sie ökologisch sowie ökonomisch erfolgreich sein. Der VDMA erwartet sich von Maßnahmen, die auf die Optimierung des Energiesystems abzielen, maßgebliche Kostendegressionen für die Umsetzung der Energiewende in Deutschland. Hierzu gehören Rahmenbedingungen

- für die Digitalisierung der Energiewelt und die Ausbildung neuer Geschäftsmodelle
- das stärkere Zusammenwachsen und die Flexibilisierung von Angebot und Nachfrage
- die stärkere Verknüpfung von den Sektoren Stromerzeugung, Wärmemarkt und Verkehr durch Sektorkopplung (Ptx)
- für Geschäftsmodelle im Bereich Speicher
- für den beschleunigten Netzausbau, der nicht zum Flaschenhals für den Ausbau der Erneuerbaren Energien werden darf
- zur Nutzung von Integrationsmöglichkeiten, um systemübergreifende Potentiale der Energieeffizienz zu heben.

Hierauf sollten die Anstrengungen in der kommenden Legislaturperiode liegen. Einen Teil der Fragen möchte das Bundeswirtschaftsministerium in einem Dialogprozess („Grünbuch zu Energieeffizienz“) mit den Akteuren im zweiten Halbjahr 2016 diskutieren. Der VDMA freut sich auf den Dialog und wird sich mit seinen Vorschlägen in den Prozess einbringen.

Zu SDG 8) Dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern

Im Kern unterstützen wir die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung für ein dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum. Grundsätzlich gilt aber, dass vorm Verteilen das Erwirtschaften kommen muss. Hier spielt die Industrie, beispielhaft der mittelständisch geprägte deutsche Maschinenbau mit über 1 Million Beschäftigten und einer Produktion von rund 200 Mrd. Euro in Deutschland, eine Schlüsselrolle. Die Industrie ist der Garant für Wohlstand, Wachstum und Beschäftigung in Deutschland und Europa. Damit das auch in Zukunft so bleibt, müssen die Rahmenbedingungen für Unternehmertum und Investitionen in Deutschland stimmen.

Der Staat spielt hier eine wichtige Rolle, aber generell braucht Deutschland wieder ein stärkeres Vertrauen in die Marktkräfte. Die Staatsquote muss sinken. Dies muss nicht zwingend zu Lasten der staatlichen Haushalte gehen, da heute und in absehbarer Zukunft Rekordsteuereinnahmen erzielt werden. Diese Mehreinnahmen dürfen aber nicht weiter in Form von Wahlgeschenken verkonsumiert werden, sondern müssen heute investiert werden, um langfristig Beschäftigung und Wohlstand zu sichern. Die nachhaltigsten Investitionsmöglichkeiten finden sich dabei in einem freien marktwirtschaftlichen Wettbewerb und nicht durch staatliche Anmaßung von Wissen. Wir brauchen in Deutschland ein unternehmensfreundliches Klima, um so Beschäftigung, Wachstum und Wohlstand zu

sichern. Ziel muss es sein, gerade auch durch steuerpolitische Maßnahmen, ein Umfeld zu schaffen, in dem Unternehmen aller Größenklassen bereit und auch in der Lage sind zu investieren. Der VDMA fordert bessere Rahmenbedingungen und mehr Anreize für private Investitionen.

Gute Rahmenbedingungen für Investitionen

Investitionen sind eine grundsätzliche Voraussetzung für künftiges Wachstum und damit für Wohlstand und Beschäftigung in Deutschland und Europa.

Bei allem vermeintlich guten Willen gilt jedoch, dass private Investitionen nicht einfach politisch beschlossen werden können. Vielmehr müssen Unternehmen davon überzeugt sein, dass sich Investitionen in Deutschland und Europa lohnen. Das unternehmerische Abwägen von Chancen und Risiken, Verantwortung, Haftung und Gewinn sind Kern und Antriebsfeder einer Marktwirtschaft. Der Standort Deutschland steht dabei im weltweiten Wettbewerb. Die Politik ist daher gut beraten, sich darauf zu konzentrieren, förderliche Rahmenbedingungen im Sinne einer guten Ordnungspolitik für private Investitionen zu schaffen.

Konkrete Stellschrauben, um private Investitionen anzuregen, gehen von der Forderung der Gleichstellung der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Eigenkapital und Fremdkapital, zeitnahen Betriebsprüfungen, der Einführung einer allgemeinen degressiven Abschreibung auf Anlageinvestitionen, der Einführung einer steuerlichen F&E Förderung für Unternehmen aller Größenklassen bis hin zur Fachkräftesicherung und der Bereitstellung einer guten öffentlichen Infrastruktur als Basis für private Investitionen.

Freihandel zur Sicherung von Beschäftigung und Wohlstand in Europa

Wohlstand und Beschäftigung in Deutschland hängen wesentlich vom Export ab. Der VDMA fordert, dass das aktuell verhandelte Freihandels- und Investitionsabkommen TTIP erfolgreich abgeschlossen wird. Als Industrie mit einem Exportanteil von 76 Prozent ist der Maschinen- und Anlagenbau auf offene Märkte und Freihandel angewiesen, um erfolgreich sein zu können. Der freie Zugang zum Weltmarkt ist der Schlüssel für den Erhalt der langfristigen Wettbewerbsfähigkeit.

Der Königsweg ist es, die WTO als Garant für freien Welthandel zu stärken. Second best ist der Abschluss bilateraler Freihandelsabkommen, solange keine WTO-Einigung möglich ist. Beispielhaft hierfür steht TTIP, das seit Juli 2013 zwischen der EU und den USA verhandelt wird. Der VDMA hat drei Kernforderungen an ein erfolgreiches Abkommen: Zollabbau, einheitliche Ursprungsregeln und den Abbau technischer Handelshemmnisse. Allein durch den Wegfall aller Zölle unter TTIP würden im Maschinenbau jährliche Kosten von 1 Milliarde Euro entfallen. Hinzu kommen erhebliche Kosteneinsparungen bis zu knapp 20 Prozent je Maschine, würde der aufwendige Prozess der Umrüstung auf amerikanische Standards entfallen. Gerade für den Mittelstand ist der Abbau von unnötigen Handelsbarrieren wichtig – via TTIP, aber auch generell.

Werk- und Dienstverträge

Werk- und Dienstverträge stehen für eine differenzierte und arbeitsteilige Wertschöpfung, für eine Erhöhung der Produktivität und Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, für ein nachhaltiges Wachstum, wirtschaftliche Dynamik und eine langfristige Beschäftigungssicherung am Standort Deutschland. Jeder, der sich für eine (Über-)Regulierung im Bereich der Nutzung von Werk- und Dienstverträgen stark macht, wagt ein gefährliches Spiel mit dem Feuer und nimmt einen erheblichen Schaden für den Wirtschaftsstandort Deutschland in Kauf. Bereits in den letzten Jahren hat der Druck auf die Unternehmen, sich durch Arbeitsteilung und Spezialisierung im internationalen Wettbewerb behaupten zu müssen, erheblich zugenommen. Im Zuge von Industrie 4.0 und durch die Digitalisierung müssen Produktionsprozesse künftig aber noch arbeitsteiliger gestaltet werden. Viele Unternehmen werden ihre technologischen Fertigkeiten noch weiter vertiefen müssen, um gemeinsam mit anderen Spezialisten ein Endprodukt – abgestimmt auf die individuellen Kundenwünsche – anbieten zu können. Die Herausforderungen der Digitalisierung lassen sich – insbesondere für KMU – letztlich nur bewältigen, wenn die Unternehmen weiterhin unkompliziert über Werk- und Dienstverträge auf spezielles Wissen und erforderliche Fertigkeiten zugreifen können. Solche verzweigten Wissens- und Innovationsnetzwerke werden in den nächsten Jahren von elementarer Bedeutung für eine erfolgreiche Digitalisierung sein.

Gerade eine zyklische und durch Arbeitsteilung geprägte Branche wie der Maschinenbau ist auf die Nutzung von Werk- und Dienstverträgen angewiesen.

Zu SDG 11) Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten

Bei der Bedeutung der Städte wird sehr stark auf die globale Situation abgehoben. Fraglich ist jedoch, ob diese unverändert auf die Bundesrepublik angewendet werden kann. Denn es gibt in Deutschland keine "Megastädte" (Seite 159) mit mehr als 10 Millionen Einwohnern und wird es voraussichtlich vorerst auch nicht geben, da der Bevölkerungsanstieg derzeit stagniert. In Deutschland gibt es insgesamt (Stand 2014) nur vier Millionenstädte, worunter Berlin mit 3,5 Millionen mit Abstand die größte ist. Besser wäre es, eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie auf die tatsächliche Situation in Deutschland aufzubauen. Die Zahlen hierfür liegen vor und sind über die statistischen Ämter frei zugänglich.

Der Maschinen- und Anlagenbau unterstützt das bereits 2010 im Klimakonzept der Bundesregierung festgeschriebene Reduzierungsziel im Verkehrssektor (Seite 163 „Endenergieverbrauch im Güterverkehr und im Personenverkehr“). Der Endenergieverbrauch soll bis 2020 um 10% sowie bis 2050 um 40% (jeweils bezogen auf 2005) reduziert werden. Zudem sollen die Treibhausgas-Emissionen in Deutschland gegenüber 1990 sektorübergreifend um 40 Prozent bis 2020 und um mindestens 80 Prozent bis 2050 gesenkt werden. Für den Verkehrsbereich wurden im Energiekonzept keine sektorspezifischen Treibhausgas-Minderungsziele festgelegt. Im Weißbuch der EU Kommission vom 28. März

2011 wird hingegen eine Reduktion der Treibhausgas-Emissionen bei 2050 um 60% gegenüber 1990 vorgeschlagen.

Die bereits in die Wege geleiteten Maßnahmen der Bundesregierung im Rahmen des Aktionsprogramms Klimaschutz 2020 sowie des Nationalen Aktionsplans Energieeffizienz zur Minderung des Endenergieverbrauchs im Verkehr werden begrüßt. Sie beinhalten unter anderem die Stärkung der Verkehrsträger Schiene und Wasserstraße sowie den öffentlichen Personennahverkehr, die verstärkte Förderung der Elektromobilität und des nicht-motorisierten Verkehrs sowie Maßnahmen im Bereich des Luft- und Seeverkehrs.

Gleichwohl werden diese Maßnahmen nicht ausreichen, die gesetzten Minderungsziele im Verkehrssektor in Deutschland zu erreichen, da sie einige der CO₂-intensivsten Verkehrssegmente nicht ausreichend berücksichtigen (insbesondere Frachtverkehr). In den weiter stark wachsenden Verkehrssegmenten Schwerlastverkehr und Luftfahrt (Personen- und Frachtluftverkehr) können CO₂-emissionsarme Kraftstoffe (wie CNG, LNG, Wasserstoff, Biodiesel, Bioethanol) und emissionsarme Motoren einen wichtigen Beitrag zur CO₂-Reduzierung leisten. Diese Kraftstoffe werden auf viele Jahrzehnte hin im Frachtverkehr alternativlos bleiben. Gemeinsam mit der Elektromobilität, die sich besonders für urbane Räume anbietet, entwickelt sich aktuell weltweit ein Wettbewerb sämtlicher alternativer Kraftstoffe und entsprechender Antriebssysteme je nach Wirtschaftlichkeit und Anwendung der Transportsituation. Der deutsche Maschinenbau ist hieran maßgeblich beteiligt und bietet ausgereifte Technologien für den Auf- und Ausbau der nötigen Verteilinfrastruktur sowie (komplette) Motorensysteme, die Stromerzeugungsanlagen nicht zu vergessen..

Die EU Richtlinie 2014/94 „zum Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe“ sieht flächendeckende Infrastrukturnetze für Elektromobilität (ideal für urbane Mobilität), Wasserstoff (ideal für Frachttransport / ÖPNV), CNG (ideal für städtischen / vorstädtischen Raum, insb. für Frachtverteilverkehr; EU Empfehlung: eine Tankstelle alle 150 km), LNG (Tankstellen entlang des TEN-V Verkehrsnetzes bzw. alle 400 km, ideal für Schwerlastverkehr / Langstrecken sowie maritime und Binnenschifffahrt). Während in den USA, den Niederlanden und Spanien Expeditionen bereits auf CO₂-arme Kraftstoffe verstärkt umstellen (LNG und CNG) und weitere EU-Nachbarn die Verteilinfrastruktur hierfür insbesondere entlang des TEN-V Netzes aufbauen, hinkt Deutschland deutlich hinterher. Als Haupttransitland Europas muss Deutschland jedoch den Lückenschluss - insbesondere zu der bereits vorhandenen CNG und LNG Infrastruktur der Nachbarländer Niederlande und Frankreich – umgehend ausbauen. Für die maritime und Binnen-Schifffahrt ist die Infrastruktur in Deutschlands See- und Binnenhäfen ebenfalls umgehend umzusetzen.

Vor dem Hintergrund einer sich abzeichnenden Vielfalt alternativer Kraftstoffsysteme je nach Verkehrsträger und Transportzweck, ist es notwendig zunächst alle alternativen Technologiepfade weiter zu entwickeln und offen zu halten, da eine abschließende Beurteilung der langfristigen Marktfähigkeit heute noch nicht möglich ist. Dies beinhaltet beispielsweise auch die Wasserstofftechnologie und verschiedener Power-to-X Technologiepfade die als vielversprechende Ergänzung für die Stabilisierung der Energienetze (Speichermedien Gas, Wasserstoff, Wärme für Strom aus erneuerbaren

Energien) oder zur Herstellung von Kraftstoffalternativen (Rückwandlung des Speichermediums in synthetische Kraftstoffe, Gas sowie Wasserstoff) gelten. Ebenso ist der Ausbau der Biokraftstoffe als Ergänzung des Kraftstoffmixes und Beitrag zur CO₂-Reduzierung sowie als Stabilisator im Gas- und Strommarkt (Einspeisung ins Energienetz bzw. Beimischung für fossile Kraftstoffe) nicht zu vernachlässigen.

Die „Mietpreisbremse“ (Seite 165) als erstes Mittel der Wahl zu nennen, um „bezahlbaren Wohnraum“ zu realisieren, sieht der VDMA kritisch. Bezahlbarer Wohnraum entsteht dann wenn genug Angebot an Wohnraum vorhanden ist. Da gibt es noch sehr viel Potential durch innerstädtische Brachen, Leerstände, aufgegebene (Gewerbe-) Immobilien usw. Als geplante Maßnahme wird hier die „Wohnungsbau-Offensive“ (Seite 166) genannt. Der durch Umwidmung von anderen Flächen in Siedlungs- und Verkehrsfläche erfolgende Anstieg der „Flächeninanspruchnahme“ widerspricht jedoch dem Ziel „Flächeninanspruchnahme“ durch „Siedlungs- und Verkehrsflächen“ auf 30 ha pro Tag zu reduzieren. Es sollte erläutert werden, wie diese Offensive umgesetzt werden kann, ohne im Widerspruch zur anvisierten Flächeninanspruchnahme zu stehen.

Als "Gradmesser der umweltfreundlichen Mobilität" nennt das Papier die bevölkerungsgewichtete durchschnittliche Reisezeit mit dem öffentlichen Verkehr von jeder Haltestelle zum nächsten Mittel- / Oberzentrum (Seite 164 f). Der öffentliche Personenverkehr ist jedoch nicht per se umweltfreundlich, sondern nur dann, wenn auch umweltfreundliche Verkehrsmittel verwendet werden. Es wäre deshalb wichtig, zu erläutern, warum der Öffentliche Personenverkehr umweltfreundlicher ist und vor allem im Vergleich zu was er es ist – vermutlich ist an dieser Stelle der Individualverkehr gemeint. Das sollte jedoch genau benannt und durch Fakten belegt werden.

Zu SDG 12) Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen

Der VDMA begrüßt, dass die Bundesregierung sich „für eine Stärkung der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung“ einsetzt (Seite 169). Auf der gleichen Seite wird „dem Kreislaufgedanken folgend“ empfohlen, den „umwelt- und sozialverträglichen Nutzen von Abfall als Wertstoff oder Energieträger besser als bisher zu ermöglichen“. Genau hier setzen Lösungen aus dem Maschinen- und Anlagenbau an. Nicht nur die Hersteller von Abfall- und Recyclingtechnik sorgen mit ihren Lösungen für eine sinnvolle Aufbereitung und Verwertung von Abfällen, auch Technologien aus dem Bereich der Bau- und Baustoffmaschinen oder Technologien zur Abfallvermeidung in der Produktion sind am Markt verfügbar. Oftmals laufen umweltrechtliche Vorgaben den ökologischen Kriterien in öffentlichen Ausschreibungen zu wider. Als Beispiel sei Kaltrecycling bei der Straßensanierung genannt: [Kaltrecycling – Ressourcen schonen, Straßen langfristig sanieren \(Wirtgen\)](#).

In diesem Kapitel werden ferner zahlreiche Programme und Maßnahmen der Bundesregierung aufgeführt, die bereits umgesetzt sind bzw. die sich in Planung befinden (S. 170-171). Zu folgende Aktivitäten bezieht der VDMA im Einzelnen Stellung:

- **Der EU-Verordnungsentwurf zur Eindämmung der Konfliktfinanzierung aus Rohstofflösen:** Der VDMA begrüßt den Kompromiss, den EU-Kommission, Parlament und EU-Mitgliedsstaaten am 16. Juni 2016 in Brüssel erzielt haben und der Schmelzen und Erstimporteure zukünftig verpflichtet, die Herkunft der Mineralien Wolfram, Tantal, Zinn und Gold anzugeben. Der VDMA hält es für die richtige Entscheidung, weiterverarbeitende Unternehmen wie Maschinenbauer von den Herkunftspflichten auszunehmen. Allerdings befürchtet der Verband, dass auch freiwillige Nachweise faktisch von den Unternehmen erbracht werden müssen und zu unnötiger Bürokratie führen. Gerade für Unternehmen am Ende der Wertschöpfungskette ist ein Nachweis bis zur Rohstoffmine meist schlicht nicht zu realisieren. Die Lieferketten dieser Rohstoffe verlaufen nach ihrem Export transnational über viele Stationen und die Rohstoffe selbst durchlaufen oft viele Arbeitsstufen bei verschiedenen Zulieferern.
- **Die Weiterentwicklung des Deutschen Ressourceneffizienzprogrammes:** Die enge Verknüpfung von Umweltschutz und Kosteneinsparung ist im Maschinen- und Anlagenbau schon aufgrund der hohen Materialkosten fester Bestandteil der Unternehmensstrategie. Um weitere Effizienzpotentiale zu heben, erfordert es allerdings einen langfristigen und stabilen politischen Rahmen. Die Fortschreibung des Ressourceneffizienzprogramms begrüßt der VDMA. Sie integriert die gewonnenen Erkenntnisse der letzten vier Jahre und setzt weiterhin auf Maßnahmen, die auf Freiwilligkeit beruhen. Jedoch sieht der VDMA noch Verbesserungspotenzial, in Form einer deutlichen Trennung zwischen Investitions- und Konsumgütern: Maßnahmen für seriengefertigte Güter in hoher Stückzahl sind nicht uneingeschränkt auf die Herstellung langlebiger, hochwertiger Maschinen übertragbar. Der wesentliche Stellhebel zu mehr Ressourceneffizienz bei vielen Produktgruppen ist aus Sicht des VDMA die europäische Ökodesign-Richtlinie. Ressourceneffizienzpotentiale in der Produktion können gut im Rahmen von freiwilligen Beratungen gehoben werden.
- **Die Umsetzung der EU-Richtlinie zur Berichterstattung:** Beim Thema „Berichterstattung und Transparenz“ darf die Bundesregierung keinesfalls in der nationalen Umsetzung über die CSR-Berichterstattungs-Richtlinie (2014/95/EU) hinausgehen. Dem industriellen Mittelstand drohen sonst noch mehr bürokratische Belastungen. Ihnen fehlt außerdem die Marktposition, um eigene Anforderungen gegenüber Lieferanten durchzusetzen. Wenn Unternehmen hingegen für ihr freiwilliges Engagement mit Wettbewerbsvorteilen am Markt belohnt werden, verstärken sich die Anreize für CSR (s. auch [VDMA-Stellungnahme zum Entwurf des BMJV zur Umsetzung der Richtlinie 2014/95/EU vom 13. April 2016](#)).

Den Indikator „Marktanteil von Produkten und Dienstleistungen, die mit glaubwürdigen und anspruchsvollen Umwelt- und Sozialsiegel ausgezeichnet sind“ (Seite 172) sieht der VDMA in Teilen kritisch. Es stellt sich die Frage, wie anspruchsvolle und glaubwürdige Siegel definiert werden und wer diese Definition übernimmt. Zudem existiert bereits heute eine Fülle an Nachhaltigkeitssiegeln, die zunehmend zur Überforderung der Verbraucher führen. Sollen darauf aufbauend wie auf Seite 168 beschreiben noch zusätzliche (womöglich neue) Produktkennzeichnungen erfolgen, wird die Situation für den Verbraucher nicht verbessert.

Der Bundesregierung muss klar sein, dass sie hier einen Markt für Zertifizierungsgesellschaften befördert, der ganz eigene Interessen vertritt und nicht zwingend zu mehr Nachhaltigkeit führt. Bei der Diskussion zu neuen Nachhaltigkeitskennzeichnungen muss aus Sicht des VDMAs deutlich zwischen Konsum- und Investitionsgütern unterschieden werden.

Im vorliegenden Entwurf wird auf Seite 176 lediglich EMAS als „anspruchsvollste Lösung im Bereich der Umweltmanagementsysteme“ genannt. Der VDMA hält eine Bevorzugung von EMAS gegenüber anderen Umweltmanagementsystemen wie bspw. der ISO 14001 für nicht zielführend, weil sie auch der gelebten Praxis in vielen Industrieunternehmen nicht gerecht wird. Die Aussage, dass die "...Anzahl der in Deutschland registrierten EMAS-Standorte [...] Ende 2015 auf mehr als 2000 gestiegen..." ist, verkennt die Tatsache, dass die Zahlen der EMAS-Registrierungen in der Industrie rückläufig sind und der Zuwachs lediglich durch Verwaltungen, Kirchen, Kleingewerbe usw. getragen wird.

Zu SDG 13: Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen

Der Maschinen- und Anlagenbau unterstützt die internationalen Bemühungen zu einem ambitionierten Klimaschutz; insbesondere verbindlicher nationale Klimaschutzpläne.

Aus technologischer Sicht sind diese Ziele gemeinsam mit der Industrie erreichbar. Der Maschinen- und Anlagenbau als Enabler, ermöglicht schon heute den Einsatz effizienter hoch innovativer Klimaschutz-Technologien. Investitionen in Forschung und Entwicklungsaktivitäten setzen allerdings globale Absatzmärkte und entsprechende politische Rahmenbedingungen voraus. Nur ein weltweiter Trend zu Klimaschutzinvestitionen wird den deutschen Unternehmen die notwendige Sicherheit zur Weiterentwicklung von Effizienztechnologien bieten.

Der VDMA befürwortet daher die Ergebnisse des Weltklimagipfels in Paris in 2015 und begrüßt das verbindliche Commitment zu ambitionierten Klimaschutzaktivitäten. Nur international gemeinsam kann weltweit eine bisher noch nie dagewesene Schubkraft für Klimaschutzinvestitionen ausgelöst werden. Mit den richtigen Investitions- und Finanzierungsanreizen könnten dann nicht nur Industrie- sondern auch Schwellen- und Entwicklungsländern die lange überfälligen Investitionen in eine moderne Energieversorgung, effiziente und emissionsarme Produktionsstandorte und eine klimafreundlichere Abfallwirtschaft tätigen.

Nationale Aktivitäten

Die deutsche Bundesregierung hat den Anspruch auf EU Ebene als auch international Vorreiter zu sein. Sie will mit dem Klimaschutzplan 2050 die Vorgaben des Pariser Klimagipfels in die Tat umsetzen. Die Weichen hin zu einem Wirtschaften ohne Treibhausgase und der Dekarbonisierung sollen langfristig gestellt werden. Die ambitionierten Pläne Deutschlands, welches sich mit etwa 2,4 % Anteil (2015) an den

weltweiten Treibhausgasemissionen an sechster Stelle befindet, dürfen nach Ansicht der Industrie nicht isoliert stehen. Vielmehr müssen andere Volkswirtschaften ihre Klimaschutzbemühungen im Sinne des globalen Gesamtziels ebenfalls verstärken. Der VDMA unterstützt die hoch gesteckten Ziele Deutschlands, weist allerdings nachdrücklich auf die Notwendigkeit eines durchdachten Maßnahmenkonzepts mit Wirtschaftlichkeitsanalyse und Folgenabschätzung hin. Trotz des Zeitdrucks, muss das Prinzip: „Qualität vor Quantität“ bei der Planung von Klimaschutzmaßnahmen gelten. Wirtschaftlichkeit und Klimaschutz sind keine Gegensätze. Die Unternehmen des Maschinen- und Anlagenbaus können bei der Umsetzung insbesondere in der Entwicklungszusammenarbeit und im Technologietransfer einen großen Beitrag leisten und müssen frühzeitig in die Umsetzungsmaßnahmen eingebunden werden. Investitionsanreize richtig gesetzt werden:

- **Freiwillige Anreize statt Klimaschutzgesetz:** Über das Klimaschutzziel sind sich die Wirtschaft, Gesellschaft und Politik einig. Einzig der Weg dahin muss unter Einbindung der beteiligten gesellschaftlichen Akteure bestimmt werden. Das im Rahmen der Diskussion zum Klimaschutzplan 2050 genannte Klimaschutzgesetz lehnt der VDMA ab. Die deutsche Wirtschaft als ein großer Finanzierer und Motor für den Klimaschutz auf internationaler Ebene darf nicht im Wettbewerb benachteiligt werden. Vielmehr führen entsprechende Anreizmechanismen und Förderung zu Akzeptanz und gewünschtem Engagement.
- **Langfristige Perspektiven mit Anreizwirkung für Innovationen schaffen:** Die sich aus dem Klimaschutzabkommen ergebenden Folgeschritte Deutschlands und die sich daran koppelnde Finanzierung muss einen belastbaren Rahmen mit langfristiger Perspektive für die Wirtschaft schaffen, um die Innovationspotenziale zu heben und entsprechende Investitionen in die Entwicklung von Klimatechnologien sowie deren gezielter Einsatz auszulösen. Ohne Planungssicherheit werden die erforderlichen Investitionen ausbleiben.
- **Europäische Einbettung der nationalen Klimaziele:** Deutschland setzt sich für ambitionierte Ziele und Maßnahmen auf europäischer Ebene ein. Auch in der Finanzierung und der Emissionshandel als das Herzstück der europäischen Klimapolitik muss reformiert und gestärkt werden. Ein funktionierender Emissionshandel kann Marktverzerrungen verringern oder vermindern. Nationale Maßnahmen für die Nicht-ETS Sektoren sollten als Folge einer erfolgreichen Europäischen Herangehensweise nur ergänzend ansetzen.
- **Gelebte Nachhaltigkeit:** Klimaschutz hat sowohl auf deutscher, europäischer und internationaler Ebene eine hohe Priorität. Dennoch ist Klimaschutz oder Ressourceneffizienz nicht der einzige Innovationsmotor für die Wirtschaft. Gesellschaftliche und ökonomische Ausgewogenheit darf nicht nur auf dem Papier bestätigt werden, sondern muss sich auch in den Maßnahmenvorschlägen des Klimaschutzplans widerspiegeln.
- **Klimafinanzierung – Keine Benachteiligung durch Wettbewerbsverzerrung:** Die Mittel aus der internationalen Klimafinanzierung sollten diskriminierungsfrei, technologieoffen und transparent zur Verfügung gestellt werden. So sind selektive und einseitige Einschränkungen des Wettbewerbs, wie aktuell bei der Exportfinanzierung von Kraftwerken diskutiert, klima- und industriepolitisch

kontraproduktiv. Dass die Finanzzusage von 100 Mrd. USD aus öffentlichen und privaten Mitteln in Paris 2015 bekräftigt wurde, begrüßt der VDMA. Jetzt kommt es darauf an, diese Mittel ohne Wettbewerbsverzerrungen in den Markt zu bringen. Hierfür muss ein transparenter Mechanismus geschaffen werden.

- **Marktorientierte Instrumente zur Förderung des Ausbaus der Erneuerbaren Energien und von Effizienztechnologien nutzen:** Die Bundesregierung sollte weiterhin den Ausbau der Erneuerbaren Energien sowie die Verbreitung von Effizienztechnologien in allen Sektoren unterstützen. Der Maschinen- und Anlagenbau bietet hier ausgereifte Lösungen im Bereich der Erneuerbaren Energien, von Kleinanlagen und Off-Grid-Lösungen bis zu großen Erneuerbare Energien-Anlagen. Auch im Bereich der Effizienztechnologien kann der Maschinen- und Anlagenbau mit einer breiten Palette von den großindustriellen Prozessen über die energieeffiziente und integrierte Gebäudetechnik bis hin zu optimierten Maschinenkomponenten unterstützen.

Zu SDG 17: Umsetzungsmittel stärken und die Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung mit neuem Leben erfüllen

Generell ist die bessere Verzahnung von Entwicklungszusammenarbeit (EZ) und Außenwirtschaftsförderung (AWF) bereits seit einigen Jahren ein wichtiges Thema in der Kooperation Deutschlands mit Schwellen- und Entwicklungsländern. Seitens der Bundesregierung wurde das Potenzial erkannt, dass durch die Einbindung der Privatwirtschaft bei der Durchführung von Projekten in der EZ nutzbar gemacht werden kann. Dies begrüßt der VDMA sehr. Grundsätzlich befürwortet der VDMA die Positionen in dem genannten Abschnitt zum SDG 17.

Die Bedeutung von Bildung ist für den VDMA ein ganz zentraler Punkt, um eine positive wirtschaftliche Entwicklung in Schwellen- und Entwicklungsländern zu fördern. Besonders positiv bewertet der VDMA die hohe Bedeutung der MINT-Fächer im Technologietransfer (Seite 222f).

Auch die Berücksichtigung der Nachhaltigkeitskriterien in der öffentlichen Beschaffung begrüßt der VDMA außerordentlich (Seite 227). Sie dazu bei, langlebige, qualitativ hochwertige und umweltfreundliche Produkte und Güter zu beschaffen. Viele Produkte des deutschen Maschinenbaus bringen diese Eigenschaften mit.

Frankfurt, 25. Juli 2016

Judith Herzog-Kuballa
VDMA
Abteilung Technik und Umwelt
Telefon: +49 69 6603 1751
E-Mail: judith.herzog@vdma.org